

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 17. Dezember 1968

Blatt 3771

Budgetdebatte vierter Tag:

Bauangelegenheiten

=====

17. Dezember 1968 (RK) Im einzigen Referat des heutigen vierten Tages der Budgetberatungen im Wiener Rathaus referierte Baustadtrat Kurt Heller (SPÖ) über das Kapitel VI, Bauangelegenheiten.

Eingangs betonte der Stadtrat, daß mit den für 1969 geplanten Ausgaben auf dem Bauressort, nämlich 4.529,9 Millionen Schilling ein Rekord erreicht wird, der die Stadt Wien ihren baulichen Zielen auf vielen Gebieten näherbringt, aber auch entscheidend zur Vollbeschäftigung in der Bundeshauptstadt beitragen wird.

Der Stadtrat beschäftigte sich zuerst mit der Bevölkerungsentwicklung in Wien. Wenn es nämlich, wie Heller sagte, Aufgabe der Stadtplanung sei, die Grundlagen für eine sinnvolle Gestaltung des Lebensraumes der Wiener Bevölkerung zu schaffen, dann müsse ein möglichst klares Bild über die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung und über den zur Verfügung stehenden Raum bestehen. Negative Äußerungen über die Bevölkerungsentwicklung in Wien - Schlagworte wie Rückgang, Stagnation, Überalterung oder Geburtendefizit - gehörten in gewissen Kreisen anscheinend zur Mode. Dem hielt Heller entgegen: "Die historische Wahrheit ist, daß Wien zwar durch die beiden Weltkriege einen Bevölkerungsverlust von rund 600.000 Menschen erlitten hat, daß es aber ohne diese einmaligen Verluste weiter gewachsen wäre. Wie groß die Anziehungskraft Wiens auch in der Gegenwart ist, zeigt sich am besten daran, daß der Wanderungsgewinn von jährlich 11.800 Menschen fast ebenso hoch ist, wie der jährliche Wanderungsgewinn vor 1914 mit 14.000 Menschen; gemessen an der geringeren Einwohnerzahl ist er sogar praktisch gleich hoch.

./.

Schon im Vorjahr habe er zu dem Thema Bevölkerungsentwicklung darauf hingewiesen, daß für die Zukunft auch mit steigenden Geburtenzahlen zu rechnen ist.

Wir haben jedenfalls allen Grund, die künftige Entwicklung Wiens positiv zu beurteilen. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Bevölkerungsprognose, die über Auftrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik durchgeführt wurde. Diese Prognose kommt auf eine wahrscheinliche Bevölkerungsziffer von rund 1,8 Millionen gegen Ende unseres Jahrtausends.

Dieses Resultat deckt sich mit Berechnungen, die völlig unabhängig davon seitens der Stadtplanung durchgeführt wurden und die, unter Berücksichtigung der Zuwanderung und deren positiver Auswirkung auf die Geburtenbilanz, zu dem gleichen Resultat gelangt sind. Diese Arbeit beweist, daß sich Wien im Verlauf etwa einer Generation von seinen einmaligen Verlusten erholen kann, so daß sich die Bevölkerung Wiens etwa vom Jahre 2000 ab auch ohne Zuwanderung erhalten könnte.

Heller betonte, daß das Wirtschaftswachstum den gleichen Rang einnehme wie das Bevölkerungswachstum. Die gute wirtschaftliche Entwicklung schaffe die Möglichkeiten zur besseren Ausgestaltung des Lebensraumes.

Zur Erweiterung der Stadt⁺ erklärte Stadtrat Heller, daß nach wie vor die Forderung gelte, eine Erweiterung der Stadt dürfe nicht auf Kosten der Wienerwaldlandschaft vor sich gehen. Daher führe die Auflockerung der dichtbebauten Gebiete zu einer starken Bautätigkeit in den Entwicklungsgebieten der Stadt. Die freiwillige Abwanderung von Einwohnern und Betrieben in die locker besiedelten Gebiete sei die praktische und psychologische Voraussetzung für die Erneuerung in den dichtbebauten Stadtteilen. Die Bautätigkeit in den Entwicklungsgebieten werde sich daher auf längere Zeit in Form einer echten Stadterweiterung vollziehen.

Neue Dienststellen in der Baudirektion

Nach einer ausführlichen Darstellung der im heurigen Jahr geleisteten Planungsarbeiten kam der Berichterstatter auf die Schaffung zweier neuer Referate in der Stadtbaudirektion zu sprechen. Das erste ist das Referat VII, Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftreinhaltung. Die Stadt Wien leistet im letzten Punkt einen wesentlichen Beitrag durch die forcierte Errichtung von Zentralheizungsanlagen. Im Kampf gegen den Lärm ist ein echter Erfolg nur durch die Beseitigung oder wenigstens die Einschränkung der Lärmquellen möglich. Es wird getrachtet, bei Neubauten einen Schallschutz zu erreichen, der die Bewohner vor übermäßigem Lärm schützt. Entsprechende Bestimmungen sollen auch in den Entwurf der Bauordnungsnovelle aufgenommen werden.

Eine Minderung des Baulärms kann durch Erzeugung lärmarmen Baumaschinen oder durch den nachträglichen Einbau geeigneter Vorrichtungen erreicht werden. Stadtrat Heller betonte dazu, daß bei der Ausschreibung der Bauarbeiten für die U-Bahn die Verwendung geräuscharmer Maschinen bereits zwingend vorgeschrieben werde.

Das zweite neugeschaffene Referat in der Stadtbaudirektion (Referat III) dient der Projektsteuerung. Im Zuge der baulichen Entwicklung Wiens müssen immer öfter große und größte Projekte verwirklicht werden. Von Mal zu Mal wachse die Anzahl der an der Durchführung beteiligten Dienststellen. Das neue Referat verfolge unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitungs- und der Netzplantechnik die termin- und kostenmäßige Entwicklung und fördere so den planmäßigen Ablauf.

Arbeiten auch im Winter

Danach widmete sich Stadtrat Heller den Maßnahmen der Stadtverwaltung, die der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung gelten.

./.

Er erwähnte die Investitionsspritze von 88 Millionen Schilling für die Bauwirtschaft, mit der die Stadt Wien den rückläufigen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu Beginn des heurigen Jahres entgegentrat, und setzte fort: "Darüber hinaus haben wir uns auch in diesem Jahr wieder besonders bemüht, die Arbeitsplätze des Bau- und Nebengewerbes auch im Winter zu sichern. Aus diesem Grunde wurden die Bauaufträge wieder möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt, um eine kontinuierliche Beschäftigung des Bauhaupt- und Nebengewerbes zu gewährleisten. Wie in den vorangegangenen Jahren wurde das Wohnbauprogramm wieder in drei Baustufen eingeteilt, so daß eine entsprechende Anzahl von Gebäuden noch vor dem Wintereinbruch unter Dach kam. Die Rohbauten wurden nach außen abgeschlossen, so daß über die Wintermonate geheizt werden konnte. Auch im Tiefbau ist es durch die Wahl entsprechender Baumethoden und Baumaßnahmen möglich geworden, große Vorhaben über die Wintermonate fortzuführen. Selbstverständlich wurden auch Erhaltungsarbeiten, die im Inneren von Objekten ausgeführt werden können, soweit wie möglich auf den Winter konzentriert. Durch diese Vorkehrungen war es möglich, im vergangenen Winter durchschnittlich um 1.200 bis 1.400 Arbeitskräfte mehr zu beschäftigen als im Winter 1966/67. Wir haben die Absicht, diese Maßnahmen auch im heurigen Winter fortzusetzen."

Mehr als eine Milliarde für den Wohnbau

Danach widmete sich der Berichterstatter im einzelnen den Ansätzen der geschäftsgruppe VI. Die Ausgaben, die im Budget 1968 ganz knapp über zwei Milliarden lagen, stiegen um neun Prozent auf 2.272,6 Millionen. Darüber hinaus werden für Bauarbeiten anderer Verwaltungsgruppen Mittel in der Höhe von 903,7 Millionen Schilling aufgewendet. Das bedeutet, daß für das Bau- und das Baunebengewerbe 4,52 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen, also 38,9 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben.

Nur die bedeutendsten Vorhaben: Für die Erfüllung des kommunalen Wohnbauprogramms steht im nächsten Jahr ein Betrag von 1.187,9 Millionen Schilling zur Verfügung. In der ersten Baustufe sollen bis April 1.000 Wohnungen, in der zweiten Baustufe zwischen Mai und August weitere 1.000 Wohnungen und in der dritten Baustufe zwischen September und November 1.250 Wohnungen begonnen werden, das sind insgesamt 3.250 Wohnungen. Dazu kommen noch 2.050 Wohnungen, die in Fertigteilbauweise errichtet werden, so daß im kommenden Jahr mit dem Bau von insgesamt 5.300 Wohnungen begonnen wird. Im gleichen Zeitraum sollen 5.400 Wohnungen fertiggestellt werden.

Der Baustadtrat wies auch auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Erfüllung des Wohnbauprogramms durch die viel zu geringe Anzahl baureifer Liegenschaften entstehen. Man werde daher schon sehr bald den Problemen der Stadterneuerungsgebiete größtes Augenmerk zuwenden müssen: es gehe um großflächige Aufschließungen neuen Baulandes mit allen Versorgungseinrichtungen.

Dann widmete sich der Berichterstatter den Heizungsproblemen. Es sei bereits eine Selbstverständlichkeit, daß so gut wie alle Neubauwohnungen zentral geheizt werden. Das Budget sehe 250 Millionen Schilling für die baulichen Herstellungen der Heizbetriebe vor. Allein 120 Millionen davon werden für den Bau des Fernwärmewerkes Heiligenstadt aufgewendet. Straffe Planung und gute Bauvorbereitung haben es ermöglicht, daß beispielsweise die Bauzeit des Blockheizwerkes in der Großfeldsiedlung auf knapp ein halbes Jahr reduziert werden konnte. Zum Vergleich: für das Werk Kagran, das um ein Drittel kleiner ist, benötigte man eineinhalb Jahre. Für das kommende Jahr kündigte Heller den Baubeginn des Fernheizwerkes Süd sowie der Heizwerke in der Thürlhofgasse, in der Kaiser-Ebersdorfer Straße und in der Leopoldauer Straße an.

Zu den Problemen des Tiefbaues: Die durch Tiefbauvorhaben unweigerlich verursachten Belästigungen der Bevölkerung und die ebenso unvermeidlichen Behinderungen des Verkehrs bereiten der Stadtverwaltung die größten Sorgen. Heller gab allerdings zu bedenken, daß der größte Teil der Tiefbauarbeiten unter Aufrechterhaltung des Verkehrs und der Versorgungseinrichtungen durchgeführt werden muß.

"Ich bitte bei dieser Gelegenheit alle Wienerinnen und Wiener um Verständnis für die leider sehr unangenehmen Begleiterscheinungen der Tiefbautätigkeit in unserer Stadt".

Große Pläne im Straßenbau

Für den Straßenbau haben sich die Ansätze um 22 Millionen erhöht: Für 1969 stehen 246,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Zählt man allerdings sämtliche für Verkehrsbauten vorhandenen Mittel zusammen, dann kommt man für 1969 auf einen Betrag von 754 Millionen Schilling. Die Wünsche an den Bund für den Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen betragen 419 Millionen Schilling. Heller betonte allerdings, daß man noch nicht wisse, welche Beträge der Bund zur Verfügung stellen werde. Er halte ein mehrjähriges Ausbau- und Finanzierungsprogramm für Autobahnen und Bundesstraßen für notwendig. Nur unter einer solchen Voraussetzung könnten Detailprojektierungen, Grundfreimachungen, Ausschreibungen und Baubeginne rechtzeitig angesetzt werden.

Heller verwies dann auf die straßenbaulichen Leistungen des heurigen Jahres: rund zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und Gehsteige wurden instandgesetzt, das entspricht der gesamten Fläche des 5. Bezirkes. Der Stadtrat erwähnte die verschiedenen Großbaustellen des Straßenbaues im Bereiche des südlichen Gürtels und rund um die Lobkowitz-Brücke. Der Ausbau der Prager Straße sei vollendet und dieses überaus wichtige Straßenstück vor wenigen Tagen von Bürgermeister Marek dem Verkehr übergeben worden.

Wie Heller sagte, bereite die Beseitigung der schienengleichen Kreuzungen in der Altmannsdorfer Straße der Stadtverwaltung große Sorgen. Ein bereits ausführungsfähiges Detailprojekt habe vorgesehen, die Verbindungsbahn mit der Donauländebahn zusammenzulegen und unter der Altmannsdorfer Straße durchzuführen. "Wir waren nicht wenig erstaunt, als anstelle einer Projektgenehmigung der Auftrag kam, ein neues Projekt zu erstellen, das die Unterführung der Altmannsdorfer Straße unter den beiden Bundesbahnkreuzungen vorsieht", sagte der Baustadtrat. Dieses Projekt würde eine Ueiflage der Altmannsdorfer Straße auf eine Länge von mehr als 700 Meter vorsehen, wobei Stützmauern

bis zu einer Höhe von sechs Meter notwendig wären und 160 Alleebäume gefällt werden müßten. Die Stadtplanungskommission sei zu der Meinung gekommen, daß man wegen der schwerwiegenden Nachteile des neuen Projektes auf der seinerzeitigen Lösung beharren solle.

Zum Autobahnbau wies der Berichterstatter darauf hin, daß die Betondecke auf dem Wiener Teil der Westautobahn (zwischen Auhof und Stadtgrenze) bereits seit längerer Zeit fertiggestellt ist. Nach Vollendung des niederösterreichischen Teilstückes konnte vor wenigen Tagen auch der stadtauswärts-führende Teil freigegeben werden.

Auf der Südautobahn konnte nach langjährigen Bemühungen die Anschlußstelle "Inzersdorf" durch den Abschluß der Arbeiten an der Kreuzung Sterngasse - Purkytgasse mit der Triester Straße fertiggestellt werden. Im Abschnitt von Inzersdorf zum Laaer Berg wird an den großen Brückenobjekten, die den Liesingbach und die Donauländebahn überspannen, gearbeitet. Im Zuge der Nordostautobahn wurde der Bau der 4. Donaubrücke fortgeführt.

Der U-Bahn-Bau beginnt

Im Raume des Karlsplatzes wird durch den U-Bahn-Bau eine Großbaustelle entstehen. Im Bereich des Matzleinsdorfer Platzes, zwischen Flurschützstraße und Südtiroler-Platz, werden nach der Betriebsaufnahme auf der unterirdischen Strecke der Straßenbahn zu Beginn des nächsten Jahres die Straßenbauarbeiten zu Ende geführt werden können. Im Gebiet der Lobkowitzbrücke werden die Schönbrunner Straße (von der Ruckergasse bis zum Gürtel) und die Meidlinger Hauptstraße (von der Schönbrunner Straße bis zur Niederhofstraße) umgebaut. Von besonderer Wichtigkeit ist auch der Ausbau der Linken Wienzeile vom Gürtel bis zur Grünbergstraße.

Im Abschnitt zwischen Lobkowitzbrücke und Grünbergstraße wird die neue Asphaltfahrbahn voraussichtlich bis zum Sommer 1969 fertiggestellt und zusammen mit der neuen Fahrbahn auf der Lobkowitzbrücke dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden können. Im Abschnitt vom Gürtel bis zur Lobkowitzbrücke wird die erforderliche Erhöhung der Wienflußmauern durchgeführt werden. Anschließend wird die neue Fahrbahn gebaut. Der Verkehr auf diesem Teilstück wird voraussichtlich bis Ende nächsten Jahres aufgenommen werden können. Damit wird die linke Wien-talbegleitstraße, vom Karlsplatz bis zum Knoten Auhof der Westautobahn, durchgehend befahrbar sein.

Schließlich kam Stadtrat Heller auf die U-Bahn-Bauarbeiten zu sprechen. "In der baulichen Geschichte Wiens gibt es nicht viele Projekte, die an Bedeutung und Umfang mit diesem Vorhaben vergleichbar sind"; die Vorarbeiten laufen auf Hochtouren, der Baubeginn steht vor der Tür.

Im ersten Bauabschnitt der U-Bahn können die Bauarbeiten auf der Linie U 1 bergmännisch durchgeführt werden, während das umfangreiche Verkehrsbauwerk Karlsplatz und die Verlängerung der Linie U 2 in offener Bauweise ausgeführt werden müssen. Die notwendigen Verkehrsumleitungen werden sich in Form eines Einbahnsystems zwischen dem Südrand des Karlsplatzes, der Akademiestraße, der Bösendorferstraße und der Elisabethstraße sowie der Operngasse abwickeln.

Zum Zusammenhang zwischen Finanzierung und der Bauzeit erklärte Heller, daß unter der Voraussetzung einer entsprechenden jährlichen Baurate die Linie U 1 zwischen Reumannplatz und Stephansplatz im Jahre 1976 und ein Jahr später bis zum Praterstern in Betrieb gehen könnte. 1978 würde die Linie U 2 zwischen Donaukanal und Karlsplatz fertig sein, die Linie U 4 im Bereich zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt könnte 1980 in Betrieb gehen.

Der U-Bahn-Bau wirkt sich natürlich auch auf die "oberirdische" Verkehrssituation aus: Mit der Aufnahme des U-Bahn-Betriebes auf der ersten Etappe des Grundnetzes werde es möglich sein, gewisse Straßenteile der Inneren Stadt zu Fußgängerbereichen zu machen.

Die geplanten Arbeiten, mit denen in Österreich technisches Neuland beschritten werde, setzten gründliche Sachkenntnis und hohes Verantwortungsbewußtsein, aber auch die verständnisvolle Haltung und Mitwirkung der Bevölkerung voraus. "Um dieses Verständnis und um die Hilfe aller Wienerinnen und Wiener bitte ich von dieser Stelle aus" sagte der Baustadtrat.

Brücken- und Wasserbau

Eine geringe Reduzierung haben die für den Brücken- und Wasserbau im nächsten Jahr zur Verfügung stehenden Mittel erfahren. Sie erklärt sich daraus, daß die Aufwendungen für den Gürtelausbau nur mehr rund 16 Millionen Schilling gegenüber 62 Millionen im laufenden Jahr betragen. Andererseits sind die Mittel für den U-Bahn-Bau nicht auf einer Bauamtsrubrik budgetiert.

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 29 beim Ausbau des südlichen Gürtels und des umliegenden Bereiches nähern sich ihrem Ende. Der Schwerpunkt lag zuletzt beim Innenausbau der Haltestellen. Nach der unterirdischen Betriebsaufnahme, voraussichtlich am 11. Jänner 1969, und dem Abbau der Gleise an der Oberfläche wird noch der Fußgängertunnel fertiggestellt.

Die neue Lobkowitzbrücke werde Ende des Jahres im Rohbau fertig sein. Im nächsten Jahr sei noch der Fußgängertunnel zur Querung der Linken Wienzeile zu errichten. Die neue Verkehrslösung sehe auch auf der südlichen Seite der Schönbrunner Straße einen Personentunnel bei der Ruckergasse vor.

Der Berichterstatter würdigte auch jene Leistungen der Magistratsabteilung 29, die zum Teil die Brückenbauten im Zuge der Autobahn- und Bundesstraßen ausführe: Bei der vierten Donaubrücke werde noch heuer der erste Teil der Flutbrücke im Überschwemmungsgebiet und die Kaibrücke im Rohbau fertiggestellt sein. Für 1969 kündigte Heller den Bau des zweiten Teiles der Flutbrücke sowie den Bau der Prater-Hochstraße und der anschließenden Brücke über den Donaukanal an.

Im nächsten Jahr: Hochwasserschutz

Eingehend befaßte sich der Baustadtrat mit dem Hochwasserschutzprojekt der Stadt Wien, das im April 1968 vom Landwirtschaftsministerium zum bevorzugten Wasserbau erklärt wurde. Auf dem rechten Donauufer soll die Hochkante an das Stromufer verlegt werden; dadurch würde das Gebiet zwischen dem Strom und der Engerthstraße beziehungsweise der Wehlistraße vor direkten Überflutungen geschützt. Heuer soll noch mit der Ausführung einer Dichtungswand im Bereich des Grundwasserwerks Nußdorf begonnen werden. Für das nächste Jahr ist der Bau von Dämmen und Ufermauern geplant. Der Bund habe, sagte Heller, grundsätzlich zugesagt, 50 Prozent der Kosten aller Maßnahmen auf dem rechten Ufer zu übernehmen. Vor einigen Tagen sei eine schriftliche Erledigung des Antrages erfolgt, mit der die Stadtverwaltung allerdings nicht restlos einverstanden sein könne.

Vorarbeiten für das linke Donauufer werden mit Gutachten und Detailuntersuchungen geleistet; Probebohrungen im Überschwemmungsgebiet werden soeben ausgeschrieben. Es besteht Hoffnung, im nächsten Jahr die Baumaßnahmen auf dem rechten Ufer voll beginnen zu können und auf dem linken Ufer wenigstens einzuleiten.

WIG 1974 in Ober-Laa?

Das Stadtgartenamt hat zu Ende dieses Jahres bereits mehr als 18 Millionen Quadratmeter Gartenflächen betreut.

Im Zusammenhang mit den häufigen Meldungen der letzten Zeit über mutwillige Zerstörungen durch Parkvandalen wiederholte Heller mit allem Nachdruck die schon mehrfach von Bürgermeister Marek geäußerte Bitte an die Bevölkerung, die Parkanlagen zu schonen.

Dem Stadtgartenamt stellen sich im nächsten Jahr besonders folgende Aufgaben: Die Schaffung eines Großerholungsraumes auf der Hohen Warte, die Errichtung einer neuen Gartenanlage im dichtverbauten Stadtgebiet des 5. Bezirks und die Fortsetzung der Ausgestaltung des linken und rechten Donaukanalufers.

Stadtrat Heller berichtete dann über eine Absicht der Stadtverwaltung, die, wie er sagte, im Budget 1969 noch keinen Niederschlag finde, obwohl bereits im nächsten Jahr Vorarbeiten nötig seien. Auf dem Sanierungsgebiet zwischen Holzknechtstraße - Laaer Berg-Straße und Donauländebahn, das zum größten Teil unter Landschaftsschutz steht, sowie auf den Flächen des Goldberges gegen Ober-Laa solle in den nächsten Jahren eine Großgrünanlage von einmaliger Schönheit entstehen.

Dieses prachtvolle Gebiet, das sich von der Kuppe des Laaer-Berges bis Ober-Laa erstreckt und eine herrliche Fernsicht auf das Wiener Becken und die südlich@ Wienerwaldberge bietet, ist 86 Hektar groß, liegt direkt im Gebiet des künftigen Ober-Laaer Kurbereiches, ist verkehrsmäßig gut aufzuschließen und daher als Erholungsgebiet und auch als Kurpark bestens geeignet. Die Anlage, mit deren Bepflanzung schon im nächsten Jahr begonnen werden müßte, soll 1974 fertiggestellt und mit einer internationalen Gartenschau offiziell eröffnet werden.

Nach dem Referat des Stadtrates wurden die Budgetberatungen unterbrochen. Um 11.30 Uhr begann die Feierstunde anlässlich der Auszeichnung von Kardinal Dr. König mit der höchsten Ehrung, die Wien zu vergeben hat, der Ehrenbürgerwürde. - Die Beratungen werden um ungefähr 13 Uhr wieder aufgenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

Bürgermeister Marek ehrt Wiener Olymiateilnehmer
=====

17. Dezember (RK) Zu der am Donnerstag dem 19. Dezember um 19 Uhr im Steinernen Saal des Rathauses stattfindenden Ehrung der Wiener Teilnehmer bei den Olympischen Sommerspielen 1968 in Mexico City durch Bürgermeister Bruno Marek, ist viel Prominenz zu erwarten. Neben dem Präsidenten des Österreichischen Olympischen Komitees, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel, einem Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, dem Generalsekretär des ÖOC Dr. Edgar Fried, dem österreichischen Delegationschef in Mexico Dr. Rudolf Nemetschke werden sich Vertreter von sportlichen Fachverbänden und selbstverständlich viele Sportjournalisten einfinden.

Die erfolgreichen Wiener Sportler führt der Paddler und Bronzemedallengewinner Gerhard Seibold an. Zusammen mit Seibold ehrt die Stadt Wien noch den fünften im Degenfechten Rudolf Trost, den siebenten im Paddel-Vierer Helmut Hediger, die achte im Brustschwimmen Christl Philippowitsch, die neunte im Turmspringen Inge Pertmayr den zehnten im Bantamgewichtheben Kurt Pittner und den zehnten im schwierigen Speerwurfwettbewerb Walter Pektor. Pektor wäre bekanntlich um ein Haar nicht zur Olympiade entsandt worden. Bürgermeister Bruno Marek wird den Aktiven und Funktionären Ehrengeschenke überreichen.

- - -

Personalnachricht
=====

17. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Amtsrat Dkfm. Gustav Vojtech (Verkehrsbetriebe) zum Oberamtsrat befördert.

- - -

Hohe Auszeichnung für Regierungsrat Josef Cerveny
=====

17. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat heute einstimmig beschlossen dem Oberamtsrat i.R. Regierungsrat Josef Cerveny das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien zu verleihen. Der Zeitpunkt der feierlichen Überreichung wird rechtzeitig mitgeteilt. _ _ _

Ehrenbürgerwürde für Kardinal König
=====

17. Dezember (RK) Als erster geistlicher Würdenträger in der langen Reihe der Ehrenbürger der Stadt Wien wurde heute mittag der Erzbischof von Wien, Kardinal Dr. Franz König, mit der höchsten Auszeichnung bedacht, die die Bundeshauptstadt zu vergeben hat: mit der Ehrenbürgerwürde.

Im Beisein von Bundespräsident Franz Jonas, ebenfalls Ehrenbürger der Stadt Wien, würdigte Kulturstadträtin Gertrude Sandner das weltweite Wirken des Kardinals im Dienste der Humanität, der Toleranz und des Friedens. Bürgermeister Bruno Marek betonte besonders das Verdienst des Kardinals zur Anbahnung internationaler Gespräche und zur Auflockerung der allgemeinen politischen und religiösen Situation. "Wir überreichen daher dem unbeugsamen Österreicher Dr. Franz König in Dankbarkeit die Urkunde eines Ehrenbürgers der Stadt Wien mit der Bitte, er möge dieser Stadt noch viele Jahrzehnte hindurch ein gütiger und verständnisvoller Oberhirte bleiben", schloß der Bürgermeister.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben.)

+

Der feierliche Akt fand im festlich geschmückten Stadtse-
natsaal des Wiener Rathauses statt. Außer dem Bundespräsi-
denten und vielen geistlichen Würdenträgern, Vertretern an-
derer Religionsgemeinschaften sowie Persönlichkeiten des öffent-
lichen Lebens waren auch die Mitglieder des Wiener Stadtse-
nates und viele Gemeindefunktionäre erschienen. Beim Erschei-
nen des Bundespräsidenten erklang die Bundeshymne. Dann spielte
ein Kammermusikensemble aus "das musikalische Opfer" von
Johann Sebastian Bach.

./.

Die Würdigungsansprache von Stadträtin Sandner

In ihrer Würdigungsansprache führte Stadträtin Gertrude Sandner aus: "Der Wiener Gemeinderat hat am 25. Oktober 1968 einstimmig beschlossen, Seiner Eminenz, dem hochwürdigsten Herrn Kardinal Erzbischof Dr. Franz König anlässlich des zehnten Jahrestages seiner Kreation zum Kardinal in Würdigung seiner überragenden Leistungen zum Ehrenbürger der Stadt Wien zu ernennen. Damit erhält Kardinal Dr. König, der als Priester, Wissenschaftler, Lehrer und Diplomat weit über unsere Landesgrenzen hinaus größte Anerkennung und Verehrung genießt, die höchste Auszeichnung, die die Stadt Wien zu vergeben hat.

Es ist sehr interessant, in dem 167 Jahre alten Buch zu blättern, in dem die Ehrenbürger der Stadt Wien verzeichnet sind. In der Person Dr. Königs wird zum ersten Mal ein geistlicher Würdenträger in den illustren Kreis aufgenommen, der so bekannte historische Persönlichkeiten wie Staatskanzler Metternich, Feldmarschall Radetzky, Admiral Tegetthoff, so berühmte Künstler wie Franz Grillparzer, Friedrich Schmidt, den Erbauer des Rathauses, Richard Strauss, Oskar Kokoschka, so populäre Bürgermeister wie Kajetan Felder, Karl Lueger, Jakob Reumann, Karl Seitz, Theodor Körner, Franz Jonas, so unvergeßliche Politiker und Staatsmänner wie Leopold Kunschak, Karl Renner, Adolf Schärf und Julius Raab umfaßt.

Ich fühle mich nicht befähigt, Leben und Schaffen des geistlichen Oberhauptes der Katholiken Österreichs so zu würdigen, wie es seiner Bedeutung entspricht, und bitte für die Flüchtigkeiten und Ungenauigkeiten meiner Ausführungen um Nachsicht. Durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Wien an Kardinal Dr. König will diese in aller Öffentlichkeit be-

kunden, wie hoch sie sein weltweites Wirken im Dienste der Humanität, der Toleranz und des Friedens schätzt, wie sehr sie sich ihm als dem Wortführer des Gesprächs mit Christen und Nichtchristen, Gläubigen und Ungläubigen, verpflichtet fühlt, wie sehr sie es zu würdigen weiß, daß durch seinen internationalen Ruf auch das Ansehen der österreichischen Bundeshauptstadt in bedeutsamer Weise erhöht wird.

Kardinal Dr. Franz König wurde am 3. August 1905 in Rabenstein, Niederösterreich, geboren und absolvierte das Studium der Philosophie und Theologie an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Gleichzeitig befaßte er sich am Päpstlichen Bibelinstitut auch mit der altpersischen Religion sowie mit alten Sprachen und Literaturen, für die er sich schon frühzeitig sehr interessiert hatte. In Rom war es auch, wo er promovierte und 1933 die Priesterweihe empfing. Anschließend war er in seiner engeren Heimat als Kaplan tätig. Ein Studienurlaub ermöglichte ihm damals einen Aufenthalt an der Universität Lille, wo er sich mit Sozialwissenschaften befaßte. 1938 wurde er als Domkurat nach St. Pölten berufen, wo er bis Kriegsende in der Jugend- und Kriegsgefangenenseelsorge arbeitete und in diesem Wirkungskreis seine Sprachkenntnisse gut verwerten konnte.

Während dieser vom nationalsozialistischen Regime oft sehr erschwerten Tätigkeit - die damaligen Machthaber ließen ihn durch die Gestapo überwachen - beschäftigte er sich auch mit orientalischen und rechtswissenschaftlichen Studien an der Universität Wien. Nach Kriegsende war er Religionsprofessor in Krems an der Donau, 1946 habilitierte er sich für Religionswissenschaft im Rahmen der Alttestamentlichen Wissenschaft an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. 1947 erschien sein Werk "Das Alte Testament und die altorientalischen Religionen". 1948 wurde König als Professor für Moraltheologie nach Salzburg berufen und leistete in der Folge die Hauptarbeit für die Herausgabe des dreibändigen Standardwerkes "Christus und die Religionen der Erde", das bis heute die führende Publikation der vergleichenden Religionswissenschaft geblieben ist.

./.

1952 wurde Dr. König zum Titularbischof von Livias und Koadjutor des St. Pöltner Bischofs Memelauer mit dem Recht der Nachfolge ernannt und im Dom von St. Pölten zum Bischof geweiht. Im selben Jahr wählte ihn die Österreichische Bischofskonferenz zum Referenten für Jugendfragen. Am 10. Mai 1956 ernannte ihn Pius XII. zum Erzbischof von Wien. Zwei Jahre später wurde der Wiener Erzbischof im Konsistorium vom 15. Dezember 1958 - vorgestern war ein Dezennium vergangen - von Johannes XXII. zum Kardinal kreiert und erhielt als Titelkirche San Eusebio. Damit empfing er jene Würde, als deren Träger ihn heute unsere Stadt, sein Vaterland, ja die ganze Welt kennt und verehrt. Er wurde "der Kardinal von Wien". Am 21. Februar 1959 erfolgte seine Bestellung zum Militärvikar für Österreich.

Die von ihm so geliebte wissenschaftliche Arbeit hat Doktor König, soweit es mit seiner Freizeit und den Bürden seiner Ämter vereinbar war, fortgesetzt. Er gab ein "Religionswissenschaftliches Wörterbuch" heraus und fungierte bei der Edition des Lexikons für Theologie und Kirche als Fachleiter für Religionswissenschaft. Bei der Organisation des II. Vatikanischen Konzils war er Mitglied der "Zentralen Vorbereitungscommission" und wurde zu Beginn der ersten Sitzungsperiode in die "Theologische Kommission" gewählt. Im September 1961 war er päpstlicher Legat bei den Feierlichkeiten anlässlich der 900-Jahrfeier des Kaiserdomes in Speyer. 1961 reiste er als erster Kardinal zu Patriarch Athenagoras nach Konstantinopel.

Anlässlich des Eucharistischen Kongresses in Bombay im Dezember 1964 war er an einem öffentlichen Gespräch mit je einem prominenten Vertreter des Hinduismus, des Parsismus und des Islam in Indien beteiligt. Im Frühjahr 1965 folgte er einer Einladung des Rektors der Al-Azhar Universität in Kairo, des "Rom des Islam", wo er über das gemeinsame Anliegen der monotheistischen Religionen dem Atheismus gegenüber sprach. Als im Sommer 1965 das 3. vatikanische Sekretariat für die Nichtgläubigen errichtet wurde, vertrat Papst Paul VI. dessen Leitung dem Wiener Kardinal an. Außerdem gehörte er der zur Ausführung der Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils eingesetzten päpstlichen Kommission für die Reform des kanonischen

Rechts an. Als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz ist er auch Mitglied der von Paul VI. eingesetzten "Bischofssynode".

Heuer weilte er in Persien, wo er in Teheran an der Universität einen Vortrag hielt und Kontaktgespräche mit Mohammedanern führte. Anschließend besuchte er das österreichische Pilgerhospiz in Jerusalem und unternahm Pilgerfahrten zu den heiligen Stätten der Christenheit. Auch Begegnungen mit führenden Persönlichkeiten des Judentums fanden statt. Dr. Franz König läßt in Ausübung seines Hirtenamtes stets die Vox humana ertönen, erhebt laut und deutlich die Stimme der Menschlichkeit. Er betont immer wieder, daß zu den Funktionen der Kirche die des Gesprächspartners gehört und ist als konsequenter Verfechter des Dialogs der Idealtyp des Priesters, wie ihn die Gegenwart so dringend braucht. Sein Schaffen steht in Einklang mit seiner Berufung und ist eine Synthese von umfassendem Wissen, erfülltem, aktiven Leben und tiefer Gläubigkeit unter der Devise: In omnibus caritas. Er fühlt sich immer für seine Mitmenschen verantwortlich, für deren Würde und Freiheit er sich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit einsetzt. Sein Denken und Handeln beweisen, daß die Religion des Christentums den Menschen menschlicher, verantwortungsbewußter gegenüber seinem Nächsten macht. Er sagt uns immer wieder, daß der politische Gegner kein Feind, sondern Mitbruder, ein Bruder, dessen Meinung ernst genommen und der respektiert werden muß. Er wird nicht müde, an die Öffentlichkeit zu appellieren - bekannt hierfür sind seine Neujahrsbotschaften, daß das Wesen der Demokratie im Ausgleich der Gegensätze liegt, daß die Gemeinschaft die größten Gegensätze entschärfen und beseitigen kann. Die vornehme Art und Überlegenheit, die der Kirchenfürst bei der präzisen Erledigung seiner so weitreichenden Agenden bekundet, sind die Ursache dafür, daß ihm alle Bevölkerungskreise über die weltanschaulichen und politischen Gegensätze hinweg größte Ehrerbietung entgegenbringen und seine stete Bereitschaft zur Zusammenarbeit dankbar würdigen."

Die Ansprache des Bürgermeisters

Hierauf sprach Bürgermeister Bruno Marek: "In unserer Zeit, der das Gespräch zwischen den verschiedensten geistigen und politischen Strömungen so notwendig erscheint, kann jede Übertreibung im Sinne einer barocken Huldigung unterbleiben und würde auch, - des bis ich gewiß, - nicht im Sinne unseres neuen Ehrenbürgers sein.

Was bedeutet Seine Eminenz Wien und der Welt? Als im Jahre 1956 der damalige Bischof-Koadjutor von St.Pölten, Dr. Franz König, zum Erzbischof von Wien ernannt wurde, kannte man ihn als Wissenschaftler in Fachkreisen, wußte um seine gelehrten Werke, die Weltgeltung erlangt haben. Die vierjährige Tätigkeit als Bischof-Koadjutor in St.Pölten fand ihre Aufmerksamkeit. Die Stadt, in die er einzog und in deren Mauern er das Erbe Kardinal Innitzers übernahm, war knapp ein Jahr vorher frei geworden vom Zwang der Besetzung. Eine neue Zeit begann, eine Zeit des stürmischen Aufbaues, und sehr bald wurde sich die Welt bewußt, welche Bedeutung Wien als der Hauptstadt eines freien und neutralen Österreich zukam. Auch der neue Oberhirt erkannte sofort, wie er selbst sagte, "daß der Neutralitätsstatus Österreichs zur Erleichterung des seelsorgerischen Dialogs beitragen könne", und er betrachtete es als eine wichtige Aufgabe seines neuen Amtes, die Kontakte nicht nur zu den katholischen Kirchenfürsten der benachbarten östlichen und südöstlichen Länder aufzunehmen, sondern darüber hinaus Wien als Brücke zum Osten auch zu einer Wiederbegegnung mit der Orthodoxie auszubauen. Beide Anliegen hat der hochwürdigste Herr Kardinal in der schlichten und stillen Art des echten Gelehrten und Diplomaten vorbereitet. Wie horchte die Welt auf über die Begegnungen mit dem Erimas von Polen, mit dem in freiwilligem Exil befindlichen Kardinal Ungarns Mindszenty und den ersten Kontakten nach der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Nur von Wien aus konnte das Wagnis unternommen werden, Mauern zu durchstoßen, die unüberwindlich erschienen und andererseits den Völkern, die einstmalig im historisch-österreichischen Raum zusammenlebten, das Bewußtsein zu geben, wie sehr gerade Wien und sein Kardinal bereit waren, zum internationalen Gespräch und zur Auflockerung der allgemeinen politischen und religiösen Situation beizutragen. Dadurch hat Kardinal König die europäische Bedeutung dieser Stadt erneut unter Beweis gestellt und unter rücksichtslosem Einsatz seiner Persönlichkeit - nie werden wir die Schreckensnachricht, die im Februar 1960 aus Varasdin kam, vergessen, - Tore aufgestoßen, die für immer verschlossen erschienen.

War es ein Wunder, daß über diese selbstgestellte Aufgabe hinaus neue Probleme an Seine Eminenz herantraten, die sich aus seinem ursprünglichen und auch heute noch nicht verleugneten Beruf als angesehener Universitätslehrer der Religionswissenschaften ergaben. Bombay und Aairo, die Begegnung mit den vielfältigen Religionsformen des Ostens, leiteten jenen Dialog ein, der heute nach dem Konzil schon selbstverständlich geworden ist, und alle Menschen guten Willens in der Welt-Aufgabe des Friedens verbinden soll. Repräsentanten der höchsten Institutionen der nichtchristlichen Religionen waren von den Ausführungen Seiner Eminenz bei diesen Begegnungen beeindruckt und haben die objektiven und von wissenschaftlichem Geist getragenen Vorträge und Aufsätze unseres Kardinals geziemend gewürdigt. War es daher ein Wunder, daß Seine Eminenz immer mehr in den Brennpunkt großer kirchenpolitischer Entscheidungen kam und zu seiner vielfältigen seelsorgerischen und wissenschaftlichen Arbeit auch noch die Aufgabe eines Präsidenten des päpstlichen Sekretariates für Nichtgläubige übernahm?

Als diese Entscheidung eine neue Bürde mit sich brachte, betonte der Herr Kardinal ausdrücklich, daß er auch weiterhin in Wien bleiben würde, wofür wir ihm zu danken haben, weil wir wissen, daß damit neuerdings durch Amt und Person unsere Stadt geehrt wurde.

Als Erzbischof König im Juni 1956 feierlich von seinem neuen Bischofssitz Besitz ergriff, war die Lage von Staat und Kirche in Österreich wesentlich anders als etwa bei der Ernennung seines Amtsvorgängers. Die schweren Jahre der Verfolgung seit 1938 trafen Laien und Priester, Gläubige und Nichtgläubige, - kurzum alle, die sich aufrecht zu Österreich bekannten. Die Kirche erkannte in diesen schweren Jahre, welche Irrwege in der Politik der Ersten Republik beschritten wurden und die Politiker aller früheren Parteien fanden in den Lagerstraßen und Gefängnissen zueinander und schworen, nie mehr gegeneinander die Waffen des Bürgerkrieges zu gebrauchen. Das neue Staatsbewußtsein Österreichs ist aus dem Geiste des Jahres 1945 erwachsen, zu dem unser neuer Ehrenbürger anlässlich des Todes von Leopold Figl sagte:

'Die Generation der Fünfundvierziger stirbt langsam aus. Nicht aussterben aber darf der Geist der Männer von 1945, ihr Glaube an Österreich, ihr Wille zur Zusammenarbeit.'

Aus dieser Gesinnung hat Kardinal König seine Aufbauarbeit im Bereich der Wiener Erzdiözese verstanden, indem er alles daran setzte, den Prozeß des Werdens unseres neuen Staatsbewußtseins zu fördern und die Kirche inmitten der neuen politischen Landschaft der Zweiten Republik zu einer verantwortungsbewußten Kraft der gesamten Gemeinschaft wirken zu lassen: ohne Absenz im öffentlichen Leben, aber auch ohne Anspruch auf machtpolitische Positionen.

In diesem Sinne hat Seine Eminenz als der Vorsitzende der österreichischen Bischofskonferenz in sachlicher und entschiedener Form dort eingegriffen, wo es notwendig war, aber auch Ansätze zu einer Fehlentwicklung - so welche auftraten, - in die richtige Bahn gelenkt.

Damit wurde aber Seine Eminenz über seine Stellung als international anerkannter Gelehrter hinaus als Diplomat und hoher Würdenträger seiner Kirche zu einem wichtigen Faktor des politischen Lebens in Österreich. Nicht durch lautes Auftreten, sondern durch die echte Autorität seiner Persönlichkeit wurden und werden seine Reden und Hirtenbriefe, die sich über den Bereich der Kirche hinaus in den meisten Fällen mit den brennenden Tagesproblemen Österreichs beschäftigen Mahnungen, die nie überhört werden können. Weit entfernt davon, ein oberstes Richteramt über die gesellschaftspolitische Entwicklung unserer Tage ausüben zu wollen, hat der Kardinal von Wien seit Jahren über alle Grenzen der Parteien, Konfessionen, sozialen und politischen Gruppen hinweg, zu den fundamentalen Fragen unserer Zeit Stellung genommen. Auch hier wäre es vermessen, aus der Fülle der Äußerungen auch nur eine Rede, oder auch nur einen Hirtenbrief herauszugreifen, aber alle zusammen bilden Mahnungen an Staat und Gesellschaft, an Politiker und Staatsbürger, dieses Land in ernster Zeit vor jedem inneren Zwist zu bewahren, die Schatten der Vergangenheit für immer zu bannen und der kommenden Generation ein in sich gefestigtes und seines eigenen Wertes bewußtes Österreich zu übergeben. Von diesem Österreich-Bewußtsein der Zweiten Republik, seiner Bewahrung inmitten möglicher Bedrohungen und verführerischer Auflösungstendenzen handelt manche Rede ebenso wie von der Demokratie, die der Kardinal als die Grundlage unserer staatlichen Existenz und unserer Republik als eine Form der Zusammenarbeit der Leistungsgemeinschaft und der gemeinsamen Verantwortung aller für den Staat bezeichnete. Damit hat Seine Eminenz sehr oft und entscheidend in Krisensituationen Mahnungen gesprochen und historische Beispiele aus der Sicht des Gelehrten und des Oberhirten angeführt, die über Wien hinaus für ganz Österreich Geltung hatten.

So hat unser neuer Ehrenbürger für diese Stadt, und deren friedliche Entwicklung und Einordnung in den gesamtösterreichischen Lebensrhythmus, der nur in einem Ausgleich und in einem echten Zusammenleben aller Bundesländer sinnfällig werden kann, unendlich Wertvolles geleistet.

Wir überreichen daher Seiner Eminenz, dem hochwürdigen Herrn Kardinal-Erzbischof von Wien, dem Gelehrten und hohen Würdenträger, dem unbeugsamen Österreicher Dr. Franz König in Dankbarkeit die Urkunde eines Ehrenbürgers der Stadt Wien mit der Bitte, er möge dieser Stadt noch viele Jahrzehnte hindurch ein gütiger und verständnisvoller Oberhirte bleiben."
(Ein Ergänzungsbericht folgt.)

- - -

Ergänzungsbericht zur Ehrenbürgerwürde für Kardinal KönigIch danke Gott, in Wien wirken zu dürfen

Kardinal Dr. König dankte für die Auszeichnung und sagte: "Sie haben die höchste Ehrung, die die Stadt Wien zu vergeben hat, das Ehrenbürgerrecht, dem Erzbischof von Wien verliehen. Mit tiefer Bewegung, in aller Herzlichkeit danke ich ihnen dafür. Ich bin der erste Bischof von Wien, das erste Mitglied des geistlichen Standes überhaupt, dem diese Ehre zuteil wurde. Ich sehe darin eine tiefe Symbolik. Die Bischöfe sind heute keine Kirchenfürsten, keine Würdenträger, keine hochwürdigsten Standesherrn; sie sind Staatsbürger wie Sie alle, Brüger ihrer Stadt, mit gleichen Pflichten und Rechten wie alle anderen Bürger. Wenn Sie den Bischof zum Ehrenbürger ernannten, haben Sie damit bekundet, daß für Sie die Kirche ein Bestandteil unserer Gemeinschaft ist und daß Sie die seelsorglichen Bemühungen der Kirche, - sich damit auch in der Gesellschaft zu integrieren - nicht nur als ein Faktum zur Kenntnis nehmen, sondern auch positiv bewerten. Auch dafür danke ich Ihnen. Denn das war nicht immer so. Bischöfe und Bürgerschaft standen sich manchmal feindlich gegenüber, nicht nur im Mittelalter. Solches gab es auch in der jüngeren Vergangenheit. Aus der rechtlichen Frontstellung war eine politische geworden, aber auch das ist vorüber. Wenn Sie dies mit meiner Ernennung zum Ehrenbürger symbolisieren wollten, so danke ich Ihnen dafür ebenfalls.

Wir alle aber haben Ursache, uns dankbar zu einer Entwicklung zu bekennen, die aus einem rechtlichen und politischen Gegeneinander ein menschliches und sachliches Nebeneinander und Miteinander werden ließ. Diese Stadt ist unsere gemeinsame Vaterstadt, in ihr leben Katholiken, aber auch Nichtkatholiken, Christen und auch Nichtchristen, gläubige und nichtgläubige Menschen, das heißt auch in einem geistigen und kulturellen Frieden miteinander leben und arbeiten. Wir haben alle Toleranz gelernt, aber auch ~~das~~ Wort Toleranz ist noch negativ. Wir sollten einander nicht nur gegenseitig in Geduld ertragen, wir sollten einander gegenseitig achten und versuchen, einander immer besser zu

verstehen. Rein menschlich, aber auch als Mitglieder einer Gemeinschaft, als Institutionen, als Staat und Kirche. Ich darf hier dankbar feststellen, daß ich auch als Bischof bei der Gemeinde Wien weitgehend für Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse der Kirche Verständnis gefunden habe und ich hoffe, daß ich sie auch in Zukunft vielleicht noch mehr finden werde. Die Kirche will ja auch hier keine Vorrechte und keine Privilegien, sie will die gleichen Rechte wie alle anderen, den gleichen Freiheitsraum, um ihre Aufgabe zu erfüllen und in diesem Sinne wirken zu können. Ich danke der Stadt Wien, daß sie den Schülern der Privatschulen, die zum Großteil katholische Schulen sind - und deren Kinder ja Wiener Kinder sind - die Lehrmittel wie den anderen Kindern der städtischen Schulen kostenlos zur Verfügung stellt. Ich danke der Stadt Wien, wenn sie auch in Zukunft in den neu entstehenden Wohngebieten uns die Möglichkeit gibt, einen Bauplatz käuflich zu erwerben, damit dort eine Kirche errichtet werden kann oder - ein anderer Vorschlag - daß sie uns als Nebenstationen in großen Gemeindebauten einen Saal oder Räumlichkeiten vermietet, damit wir dort neue Seelsorgsmittelpunkte entstehen lassen können.

Die Kirche - das sind ja die Katholiken und damit die große Mehrzahl der Bewohner dieser Stadt - danken es dem Vaterland und ihrem Gemeinwesen, daß sie hier in Freiheit leben und wirken können.

Ich bin kein Kind dieser Stadt. Nach einem boshaften Wort - es soll von Anton Kuh stammen - besteht Österreich aus zwei Millionen Wienern und fünf Millionen St. Pöltnern. Wenn dem so ist, so bin ich einer von diesen St.- Pöltnern, denn unweit dieser Stadt befindet sich mein Vaterhaus. Ich bin nicht als Wiener geboren, aber ich bin zum Wiener geworden. So soll es übrigens auch anderen ergangen sein und sie sollen nicht die schlechtesten Wiener sein. Aber vielleicht weiß gerade einer, der nicht hier aufgewachsen ist, vom Zauber dieser Stadt, dem sie bis in seine Kinderträume zurück ein Wunder gewesen ist. Als Student habe ich mich zeitweise in dieser Stadt aufgehalten, aber richtig kennengelernt habe ich die Stadt während der bittersten Not, in den letzten Jahren des Krieges, in den ersten Jahren des Wiederaufbaues.

Und da kam zum Zauber, zum Traum, zum Wunder, die Bewunderung, die grenzenlose Hochachtung vor den Menschen dieser Stadt. Ich habe die Wiener weinen gesehen, als die Oper brannte und die Stephanskirche in Flammen stand. Ich habe sie aber auch hart arbeiten gesehen im heißen Sommer 1945, den Hunger bekämpfend und der persönlichen Unsicherheit nicht achtend, um diese Stadt, um ihre Stadt wieder aufzubauen. Und ich sah sie jubeln, als die Pummerin wieder in den Dom einzog, zu dessen Wiederaufbau jedes Bundesland und im besonderen auch die Stadt Wien großzügig beigetragen hat. Wessen ein Volk fähig ist, das an sich und seine Zukunft glaubt, das hat nicht zuletzt das Volk von Wien bewiesen. Ein solches Volk ist im letzten auch ein gläubiges Volk, - bei aller Skepsis, bei aller Distanz sich und seiner Umwelt gegenüber. Diese Stadt hat eine Kraft bewiesen wie kaum eine zweite in der Welt und sie hat doch dabei ihre Leichtigkeit, ihre Lebensfreude, ihre Lebensart behalten. Diese Stadt ist niemals fertig, niemals am Ende, sie ist nicht versteinert, kein bloßes Denkmal der Vergangenheit, sie ist immer unvollendet geblieben, in sich ruhend und über sich hinausweisend, nach Ost und West schauend. Sie ist eine menschliche, eine weise, eine mütterliche Stadt. Ich danke Gott, hier wirken zu dürfen, ich bin stolz, ein Wiener geworden zu sein, ich danke der Stadt Wien, ich danke Ihnen."

- - -

Heute früh: Schneefall in Wien
=====

17. Dezember (RK) Heute um 5 Uhr früh setzte in Wien Schneefall ein. Schon nach kurzer Zeit herrschte verbreitet Straßenglätte. Die Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung) rückte sofort mit 211 Streufahrzeugen und 14 Sandlademaschinen aus. 936 Mann waren im Einsatz um in kürzester Zeit die Gefahren für den Verkehr zu beseitigen.

Die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe waren die einzigen, die praktisch ohne Störung den ersten Schneemorgen der heurigen Saison bewältigten. Sofort nach Einsetzen der Schneefälle rückten die Reinigungskommandos von den Bahnhöfen aus, so daß es zu keinerlei Störungen im Auslauf kam. Auch im Liniennetz bleiben Straßenbahnen und Autobusse im Kampf gegen den Schnee Sieger. Allerdings auf der Linie 13 wurden durch den Individualverkehr Störungen verzeichnet.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

17. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 bis 5 S, Weißkraut 3 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse II 5 bis 8 S, Kochobst 3 bis 4 S je Kilogramm, Bananen 7 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Debatte über Bauangelegenheiten
=====

17. Dezember (RK) Nach der Unterbrechung der Budgetberatungen - verursacht durch die Feier anlässlich der Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Kardinal Dr. König - wurde um 13 Uhr die Debatte über das Kapitel Bauwesen begonnen.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß der Stadtrat einen interessanten Überblick über die Arbeit dieser Geschäftsgruppe gegeben hat, deren Tätigkeit von größter Bedeutung für unsere Stadt und ihre Bevölkerung ist. Dieser Bedeutung entsprechend, müßten alle Aufgaben nach exakten wissenschaftlichen Untersuchungen und unter Koordinierung aller maßgebenden Faktoren bewältigt werden.

Eine einschneidende Verschlechterung auf dem Sektor der österreichischen Wohnbautätigkeit sei durch das Wohnbaugesetz 1968 eingetreten. Die Lage der Bauwirtschaft wurde dadurch äußerst kritisch, die wachsende Zahl von Konkursen und Ausgleichen spricht hier eine deutliche Sprache. In Wien selbst ist die Situation durch die verstärkte Bautätigkeit der Gemeinde noch etwas besser. Trotzdem liegt die Zahl der Bauarbeiter etwas hinter jener vergangener Jahre. Vielmehr Augenmerk müßte der Planung neuer Wohnungen und neuer Wohnzentren zugewendet werden. Schließlich sollten die heute errichteten Wohnungen auch noch in einigen Jahrzehnten den Anforderungen entsprechen. Die Vorstellung von Wohnen und Bauen hat sich bereits in aller Welt bedeutend geändert. Man müßte sich in viel stärkerem Maß neuer Baumethoden bedienen und deren industrielle Produktion fördern. Voraussetzung dafür sei ihre Zweckmäßigkeit, Billigkeit und geringes Gewicht. Vielleicht könnte man hier aus dem Karosserie- und Fahrzeugbau lernen.

./.

Um solche oder ähnliche Perspektiven überhaupt zu finden, bedarf es großzügiger eingehender Aussprachen, und Forschungsarbeiten. Es wäre auch ohne weiteres möglich, internationalen Städtebautendenzen entsprechend, Wohnviertel zu planen, in denen Geschäftshäuser, Büroräume und Wohnungen untergebracht sind und wo trotz dichter Verbauung durch Fußgängerbereiche und ähnliche Einrichtungen allen Anforderungen entsprochen wird. Dadurch könnten viele Aufschließungskosten gespart und das Bauland effektiver ausgenützt werden. Die dabei errichteten Versorgungsanlagen müßten auch noch kommenden Generationen entsprechen. Leider wurden bisher von der Gemeinde Wien kaum Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der industriellen Bauproduktion unternommen.

Der Debattenredner plädierte für eine umfangreichere Verwendung der Montagebauweise. Man sollte einen Anreiz schaffen, daß neue, industrielle Bauweisen entwickelt werden. In Holland würden Kreditgewährungen unter anderem auch davon abhängig gemacht, daß neue Baumethoden Anwendung finden.

GR. Lauscher regte ferner die Bildung einer Frauenkommission an, die als beratendes Organ beim Wohnungsbau fungieren soll.

Eine weitere Forderung betraf die Freigabe von Rasenflächen bei Gemeindebauten als Spielplätze für Kinder. GR. Lauscher verwies auf den erfolgreichen Versuch, der in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost gemacht wurde.

Abschließend stellte der Debattenredner den Antrag, jenen Teil des Siedlungsgebietes Biberhaufen, der 1961/62 nicht umgewidmet wurde, nachträglich umzuwidmen. Es handelt sich um Flächen auf der unteren Fischerwiese.

Die Fraktion der Kommunisten und Linksozialisten werde den Budgetansätzen zustimmen.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Dr. Schmidt (FPÖ). Er beschäftigte sich einleitend mit der Wichtigkeit des Planens für eine Millionenstadt, sprach sich aber gegen jede Form des "Dirigismus" aus.

Dr. Schmidt erinnerte an die Budgetrede von Stadtrat Heller im vergangenen Jahr, in deren Verlauf dieser in Abrede gestellt hat, daß man ein verbindliches Leitbild für eine Stadt schaffen könne, weil sich diese ständig ändere. Tatsächlich ist eine Stadt ein lebender Organismus mit einer sehr starken Eigenentwicklung, die man aber bremsen muß, wenn sie dem Gemeinwohl schädlich wird. Man kann eine Stadt nicht einfach treiben lassen. Deshalb braucht man ein Leitbild. Das heißt, wir befinden uns in einer schwierigen Situation: Die Probleme der Stadt wachsen uns über den Kopf, ein Leitbild aber ist noch immer nicht vorhanden.

Nun beginnt man das Riesensprojekt U-Bahn-Bau. Der Beschluß über das Grundnetz ist riskant, gerade aber noch vertretbar. Linien, die nach außen führen, sind aber schon unverantwortbar, solange das Gesamtkonzept fehlt. Aus den heutigen Ausführungen Stadtrat Hellers habe die FPÖ mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß man an der intensiven Fertigstellung des Leitbildes arbeitet. Freilich ist zu befürchten, daß dieses endlich fertiggestellte Leitbild zunächst im Wahlprogramm der SPÖ, danach erst in diesem Saal bekannt werden wird.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der einst so gut zusammenarbeitenden Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich, die sich jetzt offenbar in einem Leerlauf befindet. Ein beunruhigender Zustand, weil es so viele Probleme gibt, die Wien und Niederösterreich berühren und von beiden Ländern rasch und nur einvernehmlich gelöst werden können. Er denke in erster Linie an die Sicherung der Erholungsgebiete, wie etwa den Bisamberg oder den Wiener Wald, wo zerstörende Verhüttelung droht und niemand Einhalt gebietet.

Im Fall des Bisambergs scheine die Planungsgemeinschaft überhaupt nicht funktioniert zu haben: Nach der Rodung von 14 Hektar Wald in einem Gebiet, das dem Ort Bisamberg gehört, soll eine Bungalowsiedlung entstehen, zu der das Land Niederösterreich bereits seine Zustimmung gegeben hat. Es ist schon genug Erholungsland durch die Saumseligkeit und Nachlässigkeit der Stadt Wien im westlichen Wiener Wald verloren gegangen. Weitere Einschränkungen müßten auf jeden Fall verhindert werden.

Das Verkehrsproblem sei bloß deswegen ein Problem, weil so viele Geschäftsgruppen und noch mehr Magistratsabteilungen für ein Ding zuständig sind. Man müsse bloß den U-Bahn-Bau nehmen oder irgendeinen Straßenbau, um dies feststellen zu können: die Koordinierung allein ist schon so schwierig, daß Zeit und damit Geld verschwendet werden muß. Die bestehenden Verhältnisse sind dadurch charakterisiert, daß sich alles zersplittert. Der Idealfall wäre der U-Bahn-Bau von einer Hand geplant, gebaut und schlüsselfertig übergeben. (GR. Jodlbauer, SPÖ: "Die U-Bahn ist kein Einfamilienhaus!")

Die Freiheitlichen verlangen konkret die Gründung einer eigenen U-Bahn-Gruppe im Rahmen der Stadtbaudirektion. Heute geschieht alles nur so nebenbei, weil eine jede Abteilung noch andere Agenden zu verwalten hat.

Grundnetz: Es ist wahr, daß man von der Bellaria aus praktisch in jede Richtung der westlichen Bezirke vordringen kann. Dennoch müßte man mindestens schon ein Jahr vorher die Wirtschaftstreibenden, die ohnehin schon durch den U-Bahn-Plan aufgeschreckt sind und geschäftliche Einbußen durch die Bauarbeiten fürchten, genauestens über alles informieren. Die Planung soll sich überhaupt nach keinen anderen Gesichtspunkten als denen der Bevölkerungsdichte und der Bevölkerungszirkulation orientieren.

195,3 Millionen sieht das Budget für den Straßenbau vor. Das sind nur drei Millionen mehr als 1967 verbaut wurden. Es ist widersinnig, daß man nach einem zu kleinen Budgetrahmen plant und vorbereitet und dann plötzlich aufstockt und faktisch überhastet baut.

Immer wieder tauchen Klagen über fehlende Bundesmittel für den Straßenbau auf. Es sei aber in Wahrheit die Koordinierung zwischen der Stadt Wien und dem Bautenministerium, die man anprangern müßte. So sind zum Beispiel im vergangenen Jahr 50 Millionen verfallen, die Wien dringend gebraucht hätte.

Am Beispiel der Altmannsdorfer Straße spricht Dr. Schmidt noch einmal über die fehlende Koordinierung: erst in diesem Sommer habe man mit der Umwidmungsaktion begonnen - ein Termin, der bekanntlich schon für den Baubeginn vorgesehen war.

Die Ansätze für den Wohnbau: 1,17 Milliarden insgesamt, also um 13,6 Prozent mehr als im Vorjahr. In Wirklichkeit seien es allerdings nur 951 Millionen an öffentlichen Geldern, der Rest bestehe aus dem Baukostenzuschuß der Mieter.

Ein "konservatives Denkschema" liege dem Konzept des kommunalen Wohnbaues in Wien zugrunde, meinte der Redner. Die Per Albin Hansson-Siedlung Nord sei ein hoffnungsvoller Anfangspunkt für ein neues Entwicklungsstadium des Wohnbaues gewesen, die Gemeinde sei jedoch wieder in ihre rückschrittliche Praxis zurückgefallen. Besonders heftig kritisierte Dr. Schmidt die Wohnhausanlage in der Krottenbachstraße, wo die Parterrewohnungen ihren Balkon nur einen Meter über dem Boden und nicht einmal drei Meter von der Fahrbahn entfernt haben. Dr. Schmidt empfahl, das Referat der Baudirektion zur Lärmbekämpfung in einer solchen Wohnung unterzubringen.

Der Redner verglich die derzeitige Situation mit der Gründerzeit, "von der immer wieder mit Berechtigung gesagt wird, daß damals schlechte Wohnungen gebaut wurden": In der Wohnhausanlage Krottenbachstraße zum Beispiel sind dieselben baulichen Sünden wie in der Gründerzeit begangen worden. Es sei zwar übertrieben, aber doch nicht ganz unberechtigt, wenn heute vielfach behauptet werde, der kommunale Wohnbau schaffe "die Slums des Jahres 2.000".

Er wolle allerdings, sagte der Redner, "auch als Oppositioneller" die Tatsache würdigen, daß in der Verteilung der Wohnungstypen eine Veränderung zum Besseren angestrebt werde. Sowohl in der Anlage Brigittenauer Lände als auch in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost sei der Prozentsatz der größeren Wohnungen im Verhältnis zu den kleineren Wohnungen gestiegen.

Wir sollten nicht tausende Wohnungen nach einem Schema bauen, sondern in kürzeren Abständen andere Typen entwickeln.

Zur Ausstattung der Wohnungen: Leider ist es in letzter Zeit dazu gekommen, daß Heißwasserspeicher bereits nach zwei Jahren kaputt waren, beziehungsweise daß in einer Wohnhausanlage zwar im Keller das Wasser steht, jedoch durch irgendwelche Gebrechen in den Wohnungen nicht entnommen werden kann. Der Redner fordert, besseres Material zu verwenden, auch dann, wenn es nicht ganz so billig ist.

Den Ansätzen des Kapitel VI könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) zu den Brücken- und Wasserbauten:
Bei der Errichtung von Fußgängerstegen, im konkreten Fall im 20. Bezirk, müßte man jeweils Auffahrten für Kinderwagen einplanen. Erfreulich seien die Ansätze für die Verbreiterung der Friedensbrücke. Die Donaukanalbrücken seien nach dem Krieg nicht nach dem heutigen Stand der Motorisierung wieder aufgebaut worden. Es wäre zu untersuchen, wieweit auch eine Erweiterung der anderen Donaukanalbrücken möglich wäre.

4. Donaubrücke: Es handelt sich hier um einen Brückenbau des Bundes. Wenn die Brücke im Jahr 1970 dem Verkehr übergeben wird, werden drei Brücken vom Bund betreut sein und eine von der Stadt Wien, nämlich die Floridsdorfer Brücke. Die dritte Donaubrücke, die heute nicht mehr wegzudenken ist, leidet an den schwierigen Auf- und Abfahrtsmöglichkeiten. Wenn man sich in Wien orientieren will, findet man zwar Hinweise auf die Stadthalle, nicht jedoch auf die Donaubrücken.

Die Baudirektion oder Stadtrat Heller sollten auch beim Bund vorstellig werden, damit in der Reihenfolge der Dringlichkeit die Abfahrten jenseits der Donau fertiggestellt werden. Sie sind ja praktisch vorhanden, brauchen jedoch einen Hartbelag. Im Zuge der Dammstraße wird die Stadt Wien dann auch eine Anbindung der Brücken untereinander herstellen müssen.

Auf dem Gebiete des Hochwasserschutzes steht, zum erstenmal seit der Regulierung der Donau in den Jahren 1870 bis 1874, ein großes neues Projekt in Ausarbeitung. Es ist erfreulich, daß wir uns in Zeiten der relativen Sicherheit vor Hochwasserschäden mit der Vorsorge für schlechtere Zeiten beschäftigen. Die Gemeinde Wien hat ein Projekt für einen sogenannten totalen Hochwasserschutz ausgearbeitet. Bezüglich der Kostenfrage ist zwischen Bund und Gemeinde noch keine Einigung erzielt worden. Vielleicht könnte man weniger polemisieren und mehr zielführende Gespräche führen.

Gärten: Sie haben in Wien eine recht gute Dotierung. Es wäre ein besonderes Verlangen der Bewohner der Bezirke 1 bis 9 in ihrem Bereich jede Chance zu nützen, um neue Grünflächen anzulegen. Es sei daher bedauerlich, daß man jetzt im 8. Bezirk, Zeltgasse, auf einem Grundstück Parkplätze statt einer Grünanlage errichtet.

Besondere Vorsorge muß auch in den neuen Wohngebieten getroffen werden, ebenso auch im Süden unserer Stadt und jenseits der Donau. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang die Frage, was mit der Ausgestaltung der sogenannten Forstgründe (Willi Forst; Anmerkung der Redaktion) zu einem Erholungsgebiet ist, beziehungsweise was diese Ausgestaltung bisher verhindert hat.

Als erfreulich bezeichnet er die Bewerbung um die internationale Gartenausstellung im Jahre 1974 und die Bemühungen von Stadtgartendirektor Auer und seinen Mitarbeitern, die ständig um unsere Gartenanlagen bemüht sind.

GR. Dr. Macher (ÖVP), beschäftigte sich einleitend mit dem Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wohnungsbau. Er bezog sich auf eine Druckschrift des Presse- und Informationsdienstes "5 Jahre", in der Wohnungen mit einer Nutzfläche von 65 Quadratmetern als dem internationalen Standard und auch den sozialen sowie wirtschaftlichen Gegebenheiten in Wien entsprechend bezeichnet werden. Dr. Macher bestritt, daß die Angaben über den internationalen Standard richtig seien. Er verwies darauf, daß man in München Wohnungen mit 70 Quadratmeter baue, und daß das Statistische Zentralamt die Durchschnittsgröße der österreichischen Wohnung mit 74 Quadratmeter ausweise.

Dann bemängelte der Debattenredner, daß der Bau von Schulen und Kindergärten nicht mit dem Wohnungsbau koordiniert werde. Diese Feststellung untermauerte er mit mehreren Beispielen. So wurden in der Schüttaustraße in den Jahren 1956 bis 1960 700 Wohnungen vergeben, der Kindergarten wurde jedoch erst 1965 eröffnet. In der Erzherzog Karl-Straße wurden in der Zeit von 1961 bis 1966 insgesamt 2.200 Wohnungen vergeben; die Schule für diesen Stadtteil wurde erst 1966 eröffnet, erwies sich aber bald als zu klein und mußte erweitert werden.

In der Justgasse im 21. Bezirk entstanden von 1964 bis 1966 mehr als 1.000 Wohnungen; die Schule befindet sich noch im Bau. Ähnlich war es in der Großfeldsiedlung: dort wurden 1.000 Wohnungen vergeben, die dazugehörige Schule ist jedoch noch nicht fertig.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

UNIDO-Wettbewerb um einen Monat verlängert
=====

17. Dezember (RK) Die Fristen für die Anmeldung und Ein-
sendung zum Internationalen Architektenwettbewerb für den
definitiven Amtssitz der UNIDO im Donaupark wurden jetzt vom
Bautenministerium einvernehmlich mit der Stadt Wien generell
um einen Monat verlängert. Als neue Frist für die Anmeldung
gilt der 31. Jänner 1969. Einsendeschluß für die Wettbewerbs-
arbeiten ist der 31. Mai 1969.

Damit wurde einem Antrag der Ingenieurkammer für Wien,
Niederösterreich und Burgenland entsprochen, die sich für eine
Erstreckung der Fristen des Internationalen Wettbewerbes
"Amtssitz Internationaler Organisationen - Konferenzzentrum
Wien" - wie der offizielle Titel lautet - ausgesprochen hatte.

Die Verlängerung der Laufzeiten trägt dem regen Interesse
Rechnung, das dem Wettbewerb in internationalen Architekten-
kreisen entgegengebracht wird. Mitte Dezember waren bereits
293 Anmeldungen eingelangt. Die österreichische Architekten-
schaft liegt mit 37 Anmeldungen nach den Vereinigten Staaten
auf dem zweiten Platz. An dritter Stelle rangiert gegenwärtig
Großbritannien.

- - -

Richtigstellung
=====

17. Dezember (RK) In unserem Budgetbericht vom
16. Dezember, Blatt 3764 soll es im Debattenbeitrag von
GR. Lehner in der vierten Zeile von oben richtig heißen:
...in Floridsdorf und Donaustadt (nicht Favoriten).

Ferner soll der Satz im 3. Absatz, zweite Zeile, richtig
heißen: Die Statistik sagt, daß von hundert Mitteleuropäern
im Durchschnitt 15 einer psychiatrischen Behandlung bedürfen.

- - -

Vier Fernseh-Apparate als Weihnachtsgeschenk
=====

17. Dezember (RK) Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi wird Donnerstag, den 19. Dezember, um 12 Uhr mittag, vier Fernseh-Apparate als persönliches Geschenk für Patienten des Psychiatrischen Krankenhauses in der dortigen Direktion übergeben.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Übergabe Bericht-erstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Zeit: Donnerstag, 19. Dezember, 12 Uhr.

Ort: Psychiatrisches Krankenhaus, 14, Baumgartner Höhe, Direktion.

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Mittwoch, den 18. Dezember, Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi im Wappensaal des Wiener Rathauses Pflegekindern der Stadt Wien Puppen übergeben wird, die von den Kindern "adoptiert" werden dürfen, wenn sie sie ein Jahr lang gut pflegen.

Sollten Sie noch Bedarf an Karten für die Sondervorstellung der Wiener Eisrevue für die Dauerbefürsorgten haben (22. Dezember) bitten wir um Benachrichtigung.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren 5.629, davon 625 Durchläufer. Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

Preise extrem: 16.90 bis 17.80, 1. Qualität 16.10 bis 16.80, 2. Qualität 15.60 bis 16, 3. Qualität (24 Stück zu 14) 14.50 bis 15.50, Zuchten extrem 12.70 bis 13.40 (1 Stück zu 13.80), Zuchten 12 bis 12.60, Altschneider 10.50 bis 11.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 10 Groschen je Kilogramm und beträgt 16.37. Auftrieb am Auslandsschlachthof (laut Mitteilung der MA 60) DDR 1.567 Stück zum Preis von 15.10 bis 16.50. Außermarktbezüge in der Zeit vom 13. bis 17. Dezember, ohne Direkteinbringung in die Bezirke 2.038.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Auftrieb am Auslandsschlachthof 9 Stück, 0 Fohlen, 2 aus Oberösterreich, 7 aus Niederösterreich, verkauft wurden als Schlachttiere 5, als Nutztiere 0, 4 blieben unverkauft.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen 0. Pferde extrem 0, 1. Qualität 8.60; 2. Qualität 7.60 bis 8, 3. Qualität 7.

Auftrieb am Auslandsschlachthof 48 Stück aus Jugoslawien, hievon wurden 30 Pferde zum Preis von 9 bis 13.50 verkauft, so daß 18 Pferde unverkauft blieben.

Der Durchschnittspreis für inländische Pferde ermäßigte sich um 55 Groschen je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 7.84.

- - -

Bürgermeister Marek Ehrenmitglied von "Jung Wien"
=====

17. Dezember (RK) Heute abend wurde Bürgermeister Bruno Marek die Ehrenmitgliedschaft des Chores "Jung Wien" verliehen. Die Feier fand im Rahmen eines vorweihnachtlichen Singens im Musikvereinssaal statt. Der Wiener Bürgermeister dankte für die Auszeichnung wobei er sagte: "Die Chorvereinigung 'Jung Wien' hat sich im Laufe der Jahre im Wiener Musikleben ihren festen Platz erobert. Der Chor hat in unserer Stadt seine treuen Freunde und Anhänger, zu denen ich mich ebenfalls glaube zählen zu dürfen. Durch zahlreiche Auslandstourneen aber hat 'Jung Wien' dem Namen unserer Stadt auch in der Fremde Ehre gemacht und mit dazu beigetragen, den musikalischen Ruf Wiens in aller Welt zu verbreiten und zu festigen. Die Liebe und der Enthusiasmus, mit denen die Mitglieder Ihres Chores ihre Aufgabe erfüllen, beweisen einmal mehr, daß die Pflege der Künste und das künftige Schicksal der Musikstadt Wien bei der Jugend in guten Händen sind. Dafür danke ich Ihnen im Namen der Stadtverwaltung.

Wenn Sie mir die hohe Auszeichnung zuteil werden lassen, mich zum Ehrenmitglied Ihres Chores zu ernennen, so fasse ich dies nicht nur als persönliche Ehrung, sondern vielmehr als eine der Stadt Wien, auf. Unsere Stadtverwaltung hat allen Institutionen, die sich um das Kulturleben unserer Stadt bemühen, alle die den Ruhm und Ruf Wiens als Stadt der Musik, als Stadt der Kultur, mehren und vergrößern, jede mögliche Unterstützung zuteil werden lassen. Und ich kann versprechen, daß es so auch in Zukunft bleiben wird.

Ich werde diese Goldene Nadel mit besonderem Stolz tragen, ist dies doch ein Beweis mehr für die enge Verbindung der Stadt Wien mit seinen kulturellen Institutionen.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen für diese Auszeichnung herzlich Dank sage. Mit diesem Dank verbinde ich meinen Wunsch, die Chorvereinigung 'Jung Wien' möge - wie bisher - ein stolzer Aufdruck auf der Visitenkarte der Musikstadt Wien bleiben."

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Ähnliche Erfahrungen konnten die Bezieher neuer Wohnungen auf dem Eisenstadtplatz und in der Engerthstraße machen.

Wien hat in Brüssel und in Montreal Musterkindergärten gezeigt, die von der ganzen Welt bewundert wurden. Wieso sei man nicht imstande, in Wien Kindergärten und Schulen rechtzeitig zu planen und zu bauen? Kindergärten und Schulen seien ein Bestandteil des qualitativen Wohnungsbedarfs.

Der Redner stellte die Frage, ob die Kapazität der Montagebaugesellschaften voll ausgeschöpft sei oder ob sie nicht mehr und damit auch billiger arbeiten könnten. Allerdings sollte man sich in diesem Zusammenhang Gedanken darüber machen, ob das bei uns angewendete Camus-System auch noch in zehn Jahren "up to date" sei.

Das Problem des Winterbaues ist beim Wohnbau vorbildlich geregelt. Trotzdem müßte bedacht werden, daß von den jährlich gebauten 12.600 Wohnungen nur 5.300 in eigener Bauführung errichtet werden. Die privaten Baufirmen könne niemand zwingen, die Winterbauweise anzuwenden. Er habe sich errechnen lassen, daß nur zwei Prozent der Bausumme aller geförderten Wohnungen ausreichen würden, um einen Weiterbau im Winter auf breiter Basis sicherzustellen.

Über Mißstände bei der WIBEBA, festgestellt durch das Kontrollamt, sollte man sich Gedanken machen. In einer so bauintensiven Zeit, herrsche in dieser Firma Minderbeschäftigung. Ursache dafür sei nicht Mangel an Aufträgen, sondern die unwirtschaftliche Geschäftsführung.

Der Redner stellt die Frage, ob die Stadt Wien, die sich immer für die Vollbeschäftigung einsetzt, den Montagebau weiter fördern und damit die Arbeitsplätze in der traditionellen Bauindustrie gefährden oder durch intensivere Heranholung der Bauunternehmen diese Arbeitsplätze sichern soll. Vielleicht sollte man im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze einen Aspekt prüfen, der jüngst bei einem Innsbrucker Symposium erarbeitet worden ist: nämlich, daß die Sanierung

einer 80 Quadratmeter großen Altwohnung nur ein Viertel der Summe eines Wohnungsneubaues kostet.

Den Zwischenruf von GR. Windisch (SPÖ) "Das ist ein Märchen" quittiert der Redner mit der Gegenfrage, wo denn das Untersuchungsergebnis über die renovierungswürdigen Wohnviertel in der Brigittenau, Leopoldstadt, Favoriten und Meidling bleibe, das zu erheben man Ende des vergangenen Jahres beschlossen hat. Vielleicht wären diese Gebiete Hoffungsgebiet für die Arbeiter in der konventionellen Bauweise und man könnte auf der anderen Seite Neubauten in dem sicher rascheren Montagebauverfahren weiter herstellen.

"Wir müßten im Vergabewesen auch die Kapazität und nicht nur die Vollbeschäftigung allein berücksichtigen."

Planung: Sie wird zu oft und zu Unrecht mit Konzipierung verwechselt. Zum Beispiel das Rathauskonzept gegen die Parkplatzmisere. In den Zeitungen war es bereits zu lesen, aber es ist noch nicht im Ausschuß erörtert worden. Anfragen haben ergeben, daß es zur Zeit noch gar nicht besteht. Das, obwohl man bereits im Vorjahr von einem Generalverkehrskonzept gehört hat. Ein bedenkliches Zeichen von Konzeptlosigkeit.

Oder das Beispiel Neustiftgasse. Hier hätte die erste Verfügung ein striktes Park- und Halteverbot beinhalten müssen, um dem Wesen der Straße gerecht zu werden. De facto ist aber alles der Polizei überlassen geblieben. Man hat ihr zu Recht hierfür gedankt.

Bundesmittel: Seit dem Jahr 1964 ist rund ein Viertel der auf Wien entfallenen Bundesmittel verfallen, weil es keine Koordinierung und kein Konzept gegeben hat. Gibt der Bund wirklich seine Beiträge zu spät bekannt? Dr. Macher zitiert einen anders lautenden Briefwechsel zwischen Bautenministerium und der Stadt Wien.

Dann nimmt er die Sondernummer der "Stadt Wien" "Fünf Jahre" aufs Korn. Die in ihr zitierte eine Million Quadratmeter gebauten oder erneuerten Straßen seien eine Flächenleistung, wobei ohne Rücksicht auf die Verwendung gerechnet wurde. In Wahrheit sei der größte Teil dieser Straßenflächen eher verkehrserzeugend als dazu angetan den Verkehrssalat zu beseitigen.

Der Redner wies auf die Diskrepanz hin, daß die für den Straßenbau bestimmten Mittel des Wiener Budgets von Jahr zu Jahr sinken (von 5,7 Prozent im Jahr 1964 auf zwei Prozent im Jahr 1969), während der Verkehr in der Bundeshauptstadt im gleichen Zeitraum sprunghaft gestiegen ist (1964: 231.000 Kraftfahrzeuge, 1967: 364.000 Kraftfahrzeuge). Dr. Macher sagte, es hätte ihn sehr gefreut, von Stadtrat Heller zu hören, daß man etwa die Rathausmilliarde für den so notwendigen Straßenbau heranziehen werde.

Zum Parkraumproblem zitierte der Redner mehrfach die Parkraumstudie über Wien (1965 von dem Grazer Hochschulprofessor Dorfworth erstellt) und betonte, daß Wien ja eine der verkehrsgünstigst angelegten Städte Europas sei. "Wir haben aus dem vorigen Jahrhundert ein ausgezeichnetes Ring- und Radialsystem an Straßen übernommen", meinte Dr. Macher, fügte aber gleich hinzu, daß diese Chance nicht genützt worden sei.

Natürlich bestehe das größte Verkehrsproblem im ruhenden und keineswegs im fließenden Verkehr. Dorfworth sei zu interessanten Zahlen gekommen, wenn diese Zahlen auch schon vier Jahre alt seien: Am Vormittag um 11.30 Uhr etwa verhält sich in Wien die Zahl der fahrenden Autos zur Zahl der parkenden Fahrzeuge wie eins zu zehn.

Der Redner wies auf verschiedene Konzepte der letzten Jahre hin (Städtebauliches Grundkonzept 1961, Mehrjahresplan der Straßenbauabteilung von 1963 u.a.), bemängelte aber, daß davon nicht viel in die Tat umgesetzt worden sei.

Er schloß seine Ausführungen mit einem Zitat aus der Parkraum-Studie: "Wenn man die Vernachlässigung des ruhenden Verkehrs nicht erkennt, begünstigt man die Slumbildung, weil die Bewohner aus den Bezirken abwandern, wenn die Verkehrslage des Wohnortes immer ungünstiger wird."

GR. Sagmeister (SPÖ) erklärt, das Budget der Stadt Wien sei im Unterschied zum Bundesbudget ein ausgesprochenes Investitionsbudget. Die Stadtverwaltung tut alles, um die Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Den Abgang von 8 Milliarden im Bundesbudget will der Finanzminister durch Einsparungen hereinbringen, das heißt, daß weniger investiert wird, ferner durch Mehreinnahmen -

500 Millionen aus der Autosteuer, 700 Millionen aus der Alkoholsteuer. 1,6 Milliarden Schilling soll ein Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer bringen, obwohl die Werktätigen bereits jetzt mit einem Zuschlag von drei Prozent (Hochwasserhilfe) belastet sind. Die Steuerlast, die die österreichische Bevölkerung zu tragen hat, ist also nicht gering.

Beschäftigtenstand in Wien: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist heuer (Vergleich Vorjahr) von rund 747.000 auf 737.000 gesunken, gemessen an 1963 sogar von 764.000 auf 737.000. An sich wäre die Verringerung des Beschäftigtenstandes beunruhigend. Sie ist jedoch nicht auf eine Erhöhung der Arbeitslosenziffern zurückzuführen, die in Wien nach wie vor bei 1,8 Prozent und damit weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegen. Die wichtigsten Ursachen in der geringeren Beschäftigtenzahl liegen in einer Verschiebung der Altersstruktur, in der Verlängerung der Schulpflicht und in der Tatsache, daß immer mehr junge Mütter die Berufstätigkeit aufgeben. Interessant sei die Umschichtung zwischen den einzelnen Beschäftigungsgruppen. In Industrie und Gewerbe, einschließlich Baugewerbe, sind die Zahlen rückläufig, bei den Dienstleistungen, zu denen Handel, Fremdenverkehr, Verkehr, Geld- und Versicherungswesen, Gesundheits- und Unterrichtswesen zählen, gibt es jedoch in Wien eine Zunahme um ca. 3,7 Prozent. Auch die Zahl der im öffentlichen Dienst Stehenden hat zugenommen. Diese Verschiebung von der Produktion zu den Dienstleistungen läßt sich auch in vielen anderen Staaten feststellen. In der Industrie war jedoch trotz des Rückgangs in der Zahl der Beschäftigten eine Produktionssteigerung zu verzeichnen.

Der Redner kommt sodann auf die Arbeitszeitverkürzung zu sprechen. 1962 sei vom internationalen Arbeitsamt eine Empfehlung ergangen, in kürzester Frist eine Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden festzulegen. Leider haben wir noch kein österreichisches Arbeitszeitgesetz und eine Verkürzung der Arbeitszeit war trotz wiederholter sozialistischer Vorschläge in der Bundesregierung noch nicht zu erreichen.

Wien hat seit jeher große Anstrengungen unternommen, um der Wirtschaft und der Industrie zu helfen. Der ÖGB hat eine neue Industrialisierungswelle gefordert. Man könne sicher sein, daß die Stadtverwaltung durch Beistellung von Gründen für Betriebsansiedlungen und andere Förderungsmaßnahmen ihren Beitrag leisten werde.

Abschließend kam GR. Sagmeister auf das Wiener Fernwärmenetz zu sprechen. Die Fernheizung hat sich als billiger als andere Heizmethoden gleichen Komforts erwiesen. Die Wiener Fernheizwerke werden auch die Beheizung der U-Bahnschächte durchführen, bzw. deren Belüftung. Dafür besteht bereits ein fertig ausgearbeiteter Plan.

Der nächste Debattenredner, GR. Planek (SPÖ), setzte sich einleitend mit Formulierungen auseinander, die Vizebürgermeister Dr. Drimmel in seiner Generaldebatten-Rede gebraucht hatte. Den viermal gebrauchten Ausdruck "Singsang" bezeichnete Planek als politische Breitseite, abgefeuert gegen die sozialistische Partei.

Dann kam der Redner auf die großen Summen zu sprechen, die in Wien der Bauwirtschaft und dem Bau-Nebengewerbe zugute kommen. Die Wiener Wirtschaft erhalte dadurch wichtige Impulse. Der Anteil des Wiener Budgets, der für derartige Investitionen zur Verfügung steht, steige von Jahr zu Jahr. 1963 wurden 34,8 Prozent des Wiener Budgets dafür aufgewendet, 1965 bereits 37,3 Prozent, während der Voranschlag für 1969 38,9 Prozent vorsehe.

Auf diese Weise werde die Wirtschaftsstruktur in Wien entscheidend beeinflusst. Im Gegensatz zur wesentlich höheren österreichischen Durchschnittszahl der Arbeitslosigkeit beträgt der Prozentsatz der Arbeitslosen in Wien nur 1,8 Prozent.

Bei dem Versuch die Verschuldung der Stadt Wien zu errechnen stellte sich heraus, daß Wien nach Vorarlberg die niedrigste Schuldenlast aufweist.

Als ein wichtiges Problem bezeichnete der Redner die Frage, welche finanziellen Anforderungen die Stadt in der Zukunft zu bewältigen haben wird. So werden etwa die baulichen Investitionen für zusätzlich 100.000 Wohnmöglichkeiten und die Beschaffung von 35.000 neuen Arbeitsplätzen in Liesing 31 Milliarden Schilling erfordern.

./.

Die Erneuerung eines Wohnviertels aus der Gründerzeit mit 30.000 Einwohnern wird 1,2 Milliarden Schilling kosten. Die benötigten Verkehrsbauten in Wien für die nächsten 30 Jahre werden 57 Milliarden Schilling erfordern.

Anschließend setzte sich GR. Planek mit der Äußerung Dr. Drimmels auseinander, daß der Slogan "Die Zukunft hat schon begonnen" gefährlich wird, wo sie zu einer "Vision 2.000" geformt werden soll.

Die Meinung Vizebürgermeisters Dr. Drimmel, daß sich die Nachfahren gegen das, was heute die Eltern als Welt 2.000 aufzubauen versuchen, energisch zur Wehr setzen werden, bezeichnete Planek als unrichtig. Es bleibt nämlich gar nichts anderes übrig als Straßen, Häuser und Untergrundbahnen zu bauen, planend vorzugehen und den sehr ernsthaften Versuch zu unternehmen, eine wissenschaftlich erarbeitete Vorstellung des Jahres 2.000 zu gewinnen. Vermutlich aber ist es das Wort "Vision", das Dr. Drimmel stört, weil durch diesen Begriff Emotionen ausgelöst werden. Sie zu wecken aber sei gerade in der heutigen Zeit, in der die "ratio" alle Gefühle zu ersticken drohe, besonders wichtig, sollen unsere Kinder nicht einmal völlig beziehungslos in ihrer Welt leben.

"Wir betrachten unser Werk als eine ununterbrochene Form des Fortschrittes". Schon in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg stellte man eine Liste dessen auf, was Stadtplanung ausmacht: die Erschließung der Stadtrandgebiete durch Verkehrsmittel, die Bodenpolitik, ein modernes Enteignungs- und Bauordnungsgesetz, kommunale Wohnungsämter u.s.f.

Die Zukunft einer Stadt läßt sich ähnlich modellieren: Sie soll hinsichtlich des Konzeptes ein Gleichgewicht zwischen öffentlicher und Privatwirtschaft aufweisen, ein Gleichgewicht zwischen Kern- und Randgebieten, ein soziales Gleichgewicht, ein demokratisches, und ein Gleichgewicht zwischen Stadt und Landschaft. Damit sei auch schon Wesen und Ziel der Stadtplanung umrissen.

"Die Gestaltung einer Stadt geht nur vom Menschen aus. Was erwartet der Betroffene?" Dabei müsse man jedoch den steten Wandel im Hinblick auf die Dynamik der Familienpolitik berücksichtigen.

Fünf Wertgruppen seien zu beachten: der Lohnwert, der Wohnwert, der Freizeitwert, der Entwicklungs- und der Bedürfniswert. Neben den wissenschaftlichen Daten müsse man diese subjektiven Daten mitberücksichtigen.

"Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Seine Alltagsorgen überwinden helfen, ist unsere Aufgabe".

Namens seiner Fraktion gab der Redner den Budgetansätzen die Zustimmung.

Schlußwort

In seinem Schlußwort geht Stadtrat Heller pauschal auf die Fragen ein, die während der Debatte aufgeworfen wurden, da sie bereits größtenteils in seinem Referat vorwegbeantwortet wurden.

Information: Im Bauausschuß wird sie ausreichend geboten, jedoch seien die Mitglieder dieses Ausschusses kaum zu bewegen, etwa Baustellen zu besichtigen. Natürlich sind sie dann nicht gut informiert. Allerdings könne man nicht alle Informationen behalten: die Großsportanlage am Nothnagelplatz, die in einer Anfrage genannt wurde, ist zum Beispiel schon seit zwei Jahren in Betrieb.

Wohnungstypen: Beratungen darüber werden bis ins Detail vom Gemeinderatsausschuß VI bzw. den zuständigen Baum- und Projektsausschüssen festgelegt.

Folgeeinrichtungen: Der Bauausschuß sichert allerhand im Rahmen seiner Planungen, er kann allerdings nur die Fakten festlegen und nicht den Zeitpunkt für ihre Durchführung bestimmen.

Kindergärten: Es wurde bereits gesagt, daß gar nicht so sehr die Frage der Errichtung ausschlaggebend sei, sondern die Frage des notwendigen Personals.

Ladenstraßen können nicht gleich mit den ersten Beziehern der Wohnhausanlagen eröffnet werden, weil die Geschäftsleute erst einen ausreichenden Kundenstock verlangen.

Den verlangten Baukoordinierungsausschuß gebe es bereits inoffiziell. Es finden periodische Besprechungen mit Innung und Gewerkschaft statt. Wenn Probleme auftreten, werden sie in kurzem Weg nach Möglichkeit gelöst. Es sei jedoch nichts gegen die Einrichtung eines solchen Beirates einzuwenden. Jener des Handelsministeriums schein jedoch kein sehr gutes Beispiel für das Funktionieren zu geben.

WIBEBA: Eine Auftragserteilung an ein gemeindeeigenes Unternehmen sei nicht immer leicht durchzusetzen. Da die WIBEBA jedoch kaum einen anderen Auftrag in Wien oder in einem Bundesland bekommen kann, versucht die Stadtverwaltung, sie ebenso wie alle anderen Wiener Firmen mit Aufträgen zu versorgen.

Biberhaufen: Das gesamte Gelände konnte nicht als Bauland gewidmet werden, da ein Teil, wie nach gründlichen Untersuchungen festgestellt wurde, nicht hochwasserfrei ist. Beim gewidmeten Teil wurden Aufschließungsarbeiten durchgeführt und Verkehrsflächen gebaut.

Natürlich konnte er nicht alle Fragen der Planung besprechen, so auch jene des sogenannten Donau-Oder-Kanals, des Rhein-Main-Donaukanals, Fragen der Luftfahrt im Raum Wien und ähnliches. Man sei seit Jahren bemüht, den Flugverkehr über Wien auf ein Mindestmaß zu beschränken. Voraussichtlich wird 1969 in Schwechat mit dem Bau einer zweiten Landepiste begonnen werden, die das Landen in einer anderen Flugrichtung ermöglichen soll. Für den Privatflugverkehr werden voraussichtlich in Kottlingbrunn und Deutsch-Wagram Ersatzflughäfen angelegt werden.

Die Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich sei nicht sanft entschlafen. Seit 1. Jänner 1968 wurden 23 Sitzungen abgehalten, und in der Frage der Sicherung der Wiener Erholungslandschaft (Bisamberg) gab es einen Schriftwechsel zwischen den beiden Landeshauptleuten, der im wesentlichen zu einem positiven Ergebnis führte.

Auch bezüglich "Wiener Wiese" wird mit dem Land Niederösterreich und der Gemeinde Kaltenleutgeben verhandelt.

Das Leitbild für die räumliche Entwicklung für unsere Stadt ist vorhanden. Es ist zu hoffen, daß es in einigen Monaten so weit ausgearbeitet ist, daß es dem Gemeinderat vorgelegt werden kann. Auch dieses Leitbild kann jetzt nur ein Arbeitsbehelf sein.

Die Schwierigkeiten auf dem Sektor des Wohnungsbaues liegen zum größten Teil im Problem der Bodenbeschaffung. Es sei kein Geheimnis, daß für die 5.300 Wohnungen, die im nächsten Jahr errichtet werden sollen, bisher nur baureife Grundstücke für ungefähr 2.300 Wohnungen zur Verfügung stehen. Noch schwerer ist es, für die gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften den notwendigen Grund zu beschaffen.

Das System "Camus" sei keineswegs überholt. Nach diesem System werden derzeit in etlichen Ländern große neue Fertigteilanlagen errichtet. Die Stadt Wien wendet außerdem noch andere Fertigteilssysteme an.

Die verlangten Saalwohnungen haben wir versuchsweise in Hadersdorf gebaut. Vom Institut für Bauforschung und durch die Stadt Wien werden laufend Bauforschungsarbeiten betrieben. Die Wohnung wird heute auch nicht allein vom Architekten geplant, sondern unter Mithilfe von Soziologen, Bauingenieuren, Statikern und auch die Vertreterinnen der Aktion "Die Frau und ihre Wohnung" werden herangezogen. Im übrigen sind auch im Bauausschuß zwei Gemeinderätinnen hervorragend tätig.

Zur Forderung, Rasenflächen in den Gemeindebauten für Kinder freizugeben, sagte StR. Heller, daß das Gras diesen Anforderungen aus klimatischen Gründen nicht gewachsen sei. Die anderen Mieter seien außerdem nur so lange damit einverstanden, als ihre eigenen Kinder spielen; sonst beschwerten sie sich über den Lärm.

Mehr Experimente in der Architektur: das sei eine Forderung, die alle Jahre wiederkomme. Man sei gerne bereit, den Architekten freie Hand zu lassen- sie müßten nur nachweisen, daß die Kosten nicht wesentlich höher sind.

Zur Sanierung alter Wohnviertel: Es stimme nicht, daß die Sanierung nur ein Drittel der Kosten von Neubauten ausmache. Untersuchungen in der Brigittenau haben gezeigt, daß der Umbau im Gegenteil um 25 Prozent mehr koste als Neubauten.

Zum Vorwurf, alljährlich würden Mittel, die der Bund für Straßenbauten zur Verfügung stellt, nicht ausgenützt werden: Die Zusammenarbeit mit Minister Dr. Kotzina sei zwar ausgesprochen gut, leider treffe aber das Bundes-Straßenbauprogramm immer viel zu spät im Rathaus ein. 1968 langte das Autobahnbauprogramm am 13. Februar ein, das Bauprogramm für die Bundesstraßen kam erst am 5. März. Es ist ausgeschlossen, bis zum Jahresende nicht nur die benötigten Gründe frei zu machen, sondern auch noch die Angebote auszuschreiben. Eine weitere Verzögerung tritt durch eisenbahnbehördliche Bewilligung ein, die besonders lange auf sich warten lasse.

Zum Vorwurf, in Wien gebe es zu wenig Spezialisten für den U-Bahnbau: Wir haben in Wien eine Reihe ausgezeichnete Fachleute für den U-Bahnbau, das hat sich bereits bei den Planungsarbeiten gezeigt.

Zum Parkgaragenkonzept: Daran wird zur Zeit gearbeitet; es wird im Jänner 1969 vorliegen.

Zur Anfrage Dehnepark: Die ehemals Willi Forst gehörende Liegenschaft wird ausgestaltet. Dafür sind 450.000 Schilling vorgesehen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Der Antrag der KLS betreffend den Biberhaufen wird einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen. Der Vorsitzende, Gemeinderat Planek, unterbricht um 18.20 Uhr die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, den 18. Dezember, um 9 Uhr, mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, und anschließend über die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Die Referenten sind Vizebürgermeister Dr. Drimmel (ÖVP) und Stadtrat Pfösch (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -